

Arendt, Walter; Reintges, Heinz; Burchard, Hans-Joachim; Finke, Wolfgang

Article — Digitized Version

Vorausschauende Koordinierung oder Laisser-Faire? Vier Interviews zur energiewirtschaftlichen Situation

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Arendt, Walter; Reintges, Heinz; Burchard, Hans-Joachim; Finke, Wolfgang (1965) : Vorausschauende Koordinierung oder Laisser-Faire? Vier Interviews zur energiewirtschaftlichen Situation, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 45, Iss. 1, pp. 7-17

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133443>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Vorausschauende Koordinierung oder Laisser-Faire?

Vier Interviews zur energiewirtschaftlichen Situation

Seit Herbst vergangenen Jahres spielt sich auf dem Energiemarkt der Bundesrepublik ein Schauspiel ab, das in vielerlei Hinsicht typisch ist für den Stil unserer Wirtschaftspolitik. Hier wurde wie in anderen Bereichen einem punktuellen Interventionismus gehuldigt, von dem man schon heute sagen kann, daß er keine Lösung für die Zukunft bringt. Oder glaubt man wirklich, mit einer Lizenzierung bestimmter Ölimporte, einer zeitlich begrenzten Selbstbeschränkung des Heizölangebots, einer Anzeigepflicht für den Neubau von Raffinerien und Pipelines sowie einer Forcierung des geplanten Bevorratungsgesetzes für Mineralölprodukte den Energiemarkt langfristig ins Gleichgewicht bringen zu können? Der Energiemarkt ist heute wie fast jeder Teilmarkt strukturellen Wandlungen unterworfen, die von allen Beteiligten in objektiver Würdigung der Realitäten und nicht gemäß einem notwendigerweise partiell ausgerichteten Wunschenken in Rechnung gestellt werden müssen, wenn sektorale und gesamtwirtschaftliche Schäden vermieden werden sollen. Der WIRTSCHAFTSDIENST hat sich mit vier Experten des Energiewesens vorwiegend über die langfristigen Aspekte der Energiesituation unterhalten und hierbei u. a. zu ergründen versucht, in welcher Weise man sich heute die Eingliederung neuer Energieträger, wie z. B. des Erdgases und der Kernenergie, vorstellt.

„Ein Flurbereinigungsplan für das Ruhrgebiet“

WIRTSCHAFTSDIENST: Herr Arendt, Sie haben in der Vergangenheit des öfteren das Fehlen einer energiepolitischen Konzeption der Bundesregierung beklagt. Sie haben z. B. gesagt, daß dauernde Bekenntnisse zur sozialen Marktwirtschaft ein energiepolitisches Konzept nicht ersetzen könnten. Was die Krise des Ruhrbergbaus betrifft, so haben Sie die These vertreten, daß die Schwierigkeiten sehr viel leichter zu lösen wären, wenn nicht eine solche Zersplitterung auf der Angebotsseite bestehen würde. Aus diesem Grunde haben Sie eine Koordinierung der Förderung vorgeschlagen. Denken Sie an Verstaatlichung?

ARENDT: Verstaatlichung ist doch nur ein Schreckgespenst. Ich halte die Eigentumsfrage gar nicht für vorrangig. Die Probleme, die wir jetzt zu lösen haben, sind nicht Eigentumsprobleme, zumindest nicht unmittelbare. Wenn wir Rationalisierung meinen, so geht es zunächst um die Schaffung von leistungsfähigen Einheiten. Wenn Sie so wollen, ist im Bergbau eine Felderbereinigung, ähnlich wie in der Landwirtschaft, notwendig.

WIRTSCHAFTSDIENST: Also ein Flurbereinigungsplan für das Ruhrgebiet?

ARENDT: Ja, genau das ist erforderlich.

WIRTSCHAFTSDIENST: Wenn im Ruhrbergbau rationalisiert wird, dann wird — trotz des garantierten Absatzes von 140 Mill. t Stein-

kohle im Jahr — ein Teil der heute im Bergbau beschäftigten Arbeitskräfte freigesetzt. Was gedenken Sie als Vorsitzender der IG Bergbau und Energie den von einer solchen Freisetzungswelle betroffenen Kumpels vorzuschlagen?

ARENDT: Gleichgültig, welche Fördermenge man aufrechterhalten will (seien es 140 oder 130 Mill. t oder, ganz extrem: 100 Mill. t), stets muß man über eine bestimmte

WALTER ARENDT

ist seit Herbst letzten Jahres Vorsitzender der IG Bergbau und Energie. Schon bald nach der Übernahme dieses Amtes wurde er einer breiten Öffentlichkeit bekannt, als er im Dezember 1964 unter der Androhung eines Streiks für die mehr als 400 000 Arbeiter und Angestellten des Steinkohlenbergbaus eine 10%ige Verbesserung ihrer Bezüge durchsetzte. Walter Arendt kennt die Probleme des Steinkohlenbergbaus wie kaum ein anderer. Schon mit 15 Jahren (1939) stand er als „Kumpel“ selbst vor Ort. Seine praktischen Kenntnisse ergänzte er durch ein Studium an der Akademie der Arbeit in Frankfurt (Main) und der damaligen Akademie für Gemeinwirtschaft (der heutigen Akademie für Wirtschaft und Politik) in Hamburg (1947-1949). Seit 1948 arbeitete er in der Pressestelle der IG Bergbau und Energie, deren Leiter er 1954 wurde. Dem Vorstand der Bergarbeitergewerkschaft gehört er seit 1955 an. Seit 1961 ist er überdies SPD-Bundestags-Abgeordneter für den Wahlkreis Gelsenkirchen.

Belegschaft verfügen, die bereit ist, in die Gruben zu gehen. Wenn man nicht Vorsorge trifft, daß ihr Arbeitsplatz wirklich attraktiv ist und die Position des Bergarbeiters sich aus der Masse der übrigen Berufe heraushebt, dann wird man nicht genügend Bergleute bekommen. Es wird kein Bergfähiger in die Grube gehen, wenn er nebenan einen Arbeitsplatz hat, wo er genauso viel verdient. Hieraus folgt, daß man einiges tun muß, um diesen Arbeitsplatz attraktiv zu gestalten. Ich habe deshalb z. B. die Herabsetzung der Altersgrenze auf 55 Jahre vorgeschlagen. Diese und ähnliche Maßnahmen könnten nicht nur im Augenblick das energiewirtschaftliche Problem lösen, sondern auch in der Zukunft, weil auf diese Weise doch der eine oder andere veranlaßt würde, die Arbeit im Bergbau aufzunehmen.

WIRTSCHAFTSDIENST: Die Herabsetzung der Altersgrenze für die unter Tage Beschäftigten ist nur der eine Punkt. Der andere Punkt wäre der, daß Sie von Zeit zu Zeit Lohnerhöhungen fordern müßten, um das Nachziehen anderer Wirtschaftszweige auszugleichen und dem Bergarbeiter damit stets die höchsten Bezüge zu sichern. Würden Sie das auch tun, wenn die Gewinnsituation der Unternehmer im Ruhrbergbau dies nicht zuließe?

ARENDT: Das ist doch nicht die Frage, glaube ich, oder zumindest ist sie etwas zu einfach gestellt. Man kann von den Bergleuten nicht erwarten, daß sie, wenn in anderen Bereichen der deutschen Wirtschaft Lohn- und Einkommensverbesserungen eintreten — und sei es auf Grund der besseren Situation —, auf eine Lohn- oder Gehaltserhöhung verzichten. Es ist ein lieber Glaube, anzunehmen, daß die Bergleute mit Lohnverzicht die Rentabilität des Bergbaus herbeiführen könnten. Hier berühren wir den Bereich der Politik: Wir müssen uns klarwerden, was es uns wert ist, eine gewisse Fördermenge im eigenen Land zutage zu bringen. Wenn wir das aber wollen, dann müssen wir dazu bereit sein, aus übergeordneten Gesichtspunkten notfalls einen be-

stimmten Betrag zuzuschießen. Das ist meiner Meinung nach weniger gefährlich, als sich in die totale Abhängigkeit anderer zu begeben. Das hat mit Autarkie nichts zu tun, aber jeder wird mit seinen Pfunden wuchern wollen, und er wird haushälterisch damit umgehen.

WIRTSCHAFTSDIENST: Wenn wir Sie recht verstehen, heißt das: Abkehr von der kalten Luft der freien Marktwirtschaft?

ARENDT: Wenn Sie die freie Wirtschaft auf diesen Bereich anwenden wollen, dann würde das ganz konkret bedeuten, daß wir morgen alle Zechen schließen müssen, weil es im Augenblick billiger ist, Öl oder ausländische Kohle in die Bundesrepublik zu schaffen. Wenn wir aber alle Zechen schließen würden, dann glaube ich nicht, daß das Öl weiterhin so billig bleiben würde. Dann würden unsere Lieferanten unsere Abhängigkeit ausnützen.

WIRTSCHAFTSDIENST: Sie sind also der Ansicht, daß die niedrigen Heizölpreise der letzten Zeit marktpolitisch zu erklären sind?

ARENDT: Ja, ich habe schon den Vertretern der Kohle und auch im Bundestag gesagt, daß das, was sich auf dem Energiemarkt der Bundesrepublik abspielt, kein Wettbewerb ist. Das ist „catch as catch can“. Wenn der westdeutsche Energiemarkt einmal aufgeteilt sein wird, dann werden die Preise anziehen. Nur fürchte ich, daß der Bergbau noch einmal in Schwierigkeiten mit der öffentlichen Meinung kommen wird, weil man bei einem Ansteigen der Ölpreise dem Bergbau die Schuld geben wird.

WIRTSCHAFTSDIENST: Sie meinen also, daß die Umstrukturierung auf dem Energiemarkt wirtschaftspolitisch gelenkt werden müßte. Halten Sie die bisher getroffenen Maßnahmen der Bundesregierung für nicht ausreichend?

ARENDT: Wir haben nie gesagt, daß die Bundesregierung gar nichts gemacht hat. Unser Hauptvorwurf war, daß die Bundesregierung zu spät, zu wenig durchgreifend, immer erst dann, wenn das Kind in den

Brunnen gefallen war, gehandelt hat. Und was nach unserer Auffassung vor allem fehlt, ist eine Vorstellung davon, was in absehbarer Zeit sein soll. Denn Mittel einzusetzen, ohne daß man ein Ziel vor Augen hat, ist natürlich eine recht fragwürdige Sache.

WIRTSCHAFTSDIENST: Sehen Sie große Schwierigkeiten, einen Koordinierungsplan, wie Sie ihn vorschlagen, durchzusetzen?

ARENDT: Im Augenblick läßt sich dieser Plan politisch überhaupt nicht durchsetzen. Es genügt bekanntlich nicht, recht zu haben. Man muß auch die politische Mehrheit besitzen, wenn man etwas durchsetzen will.

WIRTSCHAFTSDIENST: Würden Sie meinen, daß man sich im Augenblick auch aus wahltaktischen Überlegungen scheut, Dinge zu tun, die langfristig notwendig wären und die man nach einer Neuwahl des Bundestages, selbst wenn hierbei die alte politische Konstellation herauskommen sollte, in Angriff nehmen würde, einfach weil die sachliche Notwendigkeit dazu zwingt?

ARENDT: Zunächst einmal würde ich meinen, daß es nicht schlechte Politiker sein müssen, wenn sie auch an solche Dinge denken. Das ist ja ganz legitim. Zum anderen glaube ich, daß es sehr sehr schwer sein wird, eine politische Mehrheit zu finden, die bereit wäre, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Das hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß viele Menschen das Ruhrgebiet gar nicht kennen und damit die Problematik der hier angesiedelten Schwerindustrie nicht verstehen.

WIRTSCHAFTSDIENST: Außerhalb des Ruhrgebiets trifft man nicht selten die Meinung, daß bei allen Diskussionen um die Aufrechterhaltung einer bestimmten Fördermenge an Steinkohle gewisse sentimentale Vorstellungen mit im Spiel seien. Sie werden verstehen, daß Argumente wie das der Treue zum deutschen Bergmann, wie zum Kohlenbergbau überhaupt, die schließlich unsere industrielle Entwicklung vorangetrieben haben und

die nicht fallengelassen werden können, nie überzeugend wirken können.

ARENDT: Damit hat man meiner Meinung nach auch recht. Aber immerhin beinhaltet diese Argumentation zwei Dinge, die ich trennen möchte. Einmal, daß die Kohle mehr als einmal die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufstieg geliefert hat, ebenso wie die Arbeit des Bergmanns. Hieraus läßt sich natürlich nie ein Anspruch herleiten, daß man nun das Schicksal der Betroffenen auch regeln müßte. Zum anderen steckt hierin die politische Frage, ob und in welchem Umfang die Kohle aufrechterhalten werden soll. Darüber haben wir eben schon gesprochen.

WIRTSCHAFTSDIENST: Ja. Und wenn wir Sie richtig verstanden haben, dann streben Sie einen Kompromiß zwischen einer sicheren und einer möglichst billigen Versorgung an (deswegen Aufrechterhaltung der 140 Mill. t einerseits und Rationalisierung und zusätzliche Verwendung anderer Energiearten andererseits). Kann man nicht versuchen, das eine zu tun und das andere nicht zu lassen? Wir meinen das so: Aufrechterhaltung einer bestimmten Kohleförderung, ohne deswegen die Einfuhr ausländischer Energien zu behindern. Die Kohle müßte dann zu dem sich ergebenden Wettbewerbspreis abgesetzt werden ...

ARENDT: ... Ja sehen Sie, das läuft auf Subventionen hinaus, und wir haben gar keinen Hehl daraus gemacht, daß dies aus Sicherheitsgründen auch getan werden sollte. Mir scheint überhaupt, daß dieser Aspekt ein bißchen vernachlässigt worden ist. In der öffentlichen Diskussion steht die billigste Energie zu sehr im Vordergrund. Es kommt entscheidend auch auf sichere Energie an. Und wenn diese sichere Energie nicht zu Marktpreisen garantiert werden kann, so kommen wir zu Subventionen. Ich bin nicht gegen Subventionen, ich bin sogar dafür, weil es unter dem Sicherheitsaspekt billiger ist, etwa selektive Subventionen zu zahlen. Diese hätten zwei Vorteile: Erstens wäre so unsere Sicherheit berück-

sichtigt, und zweitens könnte so die Subventionspolitik aus dem Zwielicht herauskommen, in dem sie sich vielfach befindet. Man könnte dann offen darüber reden, wieviel wir jährlich für unsere Energieversorgung bezahlen. Ich glaube, das wäre auch unserer Demokratie nicht abträglich.

WIRTSCHAFTSDIENST: Das Problem der Sicherheit ist, anders formuliert, nichts anderes als das Problem der Auslandsabhängigkeit. Taucht dieses Problem in einer modernen Weltwirtschaft nicht überall auf?

ARENDT: Andere Länder machen das aber anders. In Frankreich wird eine andere Politik gemacht, in Amerika, in Holland, in Belgien, in England. Wir können eine ganze

Reihe Länder nennen, wo die Energiepolitik anders betrieben wird.

WIRTSCHAFTSDIENST: Könnte man nicht der Meinung sein, daß diese Länder die falsche — weil protektionistische — Politik betreiben, und finden, daß die richtige Politik die etwas liberalere ist?

ARENDT: Das könnte natürlich sein. Das ist dann aber schon eine metaphysische Frage. Was ist da richtig, was falsch? Extrem gesehen würde das doch bedeuten, die Prinzipien des Theorems der komparativen Kosten in Reinkultur zu praktizieren: Kuba würde nur Zucker, Portugal nur Weintrauben und Italien nur Zitronen produzieren. Ein Land, welches sich absolut in die Abhängigkeit anderer begibt, kann ich mir nicht vorstellen.

„Eine Sicherheitsprämie für die Kohle“?

WIRTSCHAFTSDIENST: Herr Dr. Reintges, wie sehen Sie die Stellung der Kohle in dem Strukturwandel auf dem Energiemarkt, der im Augenblick durch das Vordringen des Heizöls gekennzeichnet ist und der in Zukunft durch das Auftreten neuer Energieträger — des Erdgases und der Kernenergie — gekennzeichnet sein wird? Gibt es überhaupt Bereiche, in denen die Kohle keinen Konkurrenten hat, in denen sie aus technischen Gründen nicht substituierbar ist?

REINTGES: Der Bereich, in dem die Kohle aus technischen Gründen nicht substituiert werden kann, ist im wesentlichen die Stahlindustrie mit einem durchschnittlichen Jahresverbrauch von fast 30 Mill. t.

WIRTSCHAFTSDIENST: Nun fördert ja der Steinkohlenbergbau nicht nur diese 30 Mill. t, sondern sehr viel mehr: 140 Mill. t. Und es ist ja gerade kürzlich dem Bergbau von der Bundesregierung erneut zugesagt worden, daß auch in Zukunft diese 140 Mill. t gefördert

HEINZ REINTGES

ist seit 1961 stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau mit Sitz in Essen und gehört zu den hervorragenden Kennern des westdeutschen Energiemarktes und seiner Probleme. Er wurde 1914 in Krefeld geboren. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Bonn und Berlin war er zunächst 10 Jahre lang (von 1941-1951) in der IG-Farbenindustrie, danach (von 1951-1958) in der Ruhrgas AG tätig. 1958 trat er in den Unternehmensverband Ruhrbergbau ein. Neben seiner Tätigkeit dort bekleidet er (seit 1963) den Posten des Vorsitzenden des Vorstandes des Rationalisierungsverbandes des deutschen Steinkohlenbergbaus. Er ist außerdem Geschäftsführer der Bergbauforschungs GmbH, der Bergwerksverband GmbH, der Arbeitsgemeinschaft für Olefinchemie und der Kohleverwertungsgesellschaft mbH.

und abgesetzt werden sollen. Wie stellen Sie sich den zukünftigen Absatz dieser Förderung vor?

REINTGES: Hierzu muß man sich vergegenwärtigen, wie sich die 140 Mill. t Produktion verteilen. Zunächst geht ein Teil in den Zechen-Selbstverbrauch, ein großer Bereich ist sodann der sogenannte Werk-Selbstverbrauch. Diesen haben wir eben schon erwähnt: Im wesentlichen handelt es sich hierbei um den Verbrauch der Stahlindustrie. Weiterhin ist der Verbrauch der Elektrizitätswirtschaft zu nennen — mit 32 Mill. t ist das eine unserer größten Abnehmergruppen — und dann natürlich der Verbrauch in der übrigen Industrie und in den Haushalten sowie der Export.

WIRTSCHAFTSDIENST: Der Verbrauch der Elektrizitätswirtschaft dürfte künftig wohl dadurch steigen, daß nun steuerliche Anreize zur Verwendung von Steinkohle in Kraftwerken geschaffen und außerdem der Bau von Blockheizwerken auf Steinkohlenbasis gefördert werden sollen?

REINTGES: Ja, zumal die Elektrizitätswirtschaft ohnehin sehr stark expandiert. Man kann hier nach einer Faustregel mit einer Verdoppelung des Verbrauchs an elektrischer Energie in zehn Jahren rechnen. Wenn man davon ausgehen könnte, daß der relative Anteil der Kohle an der Elektrizitätserzeugung gleich bliebe, könnten wir in zehn Jahren nicht 32, sondern 64 Mill. t Kohle in der Kraftwirtschaft einsetzen.

WIRTSCHAFTSDIENST: Bedeutet das, daß Sie andere, evtl. neu hinzukommende Energieträger von diesem Sektor fernhalten würden?

REINTGES: Die wiedergegebene grobe Rechnung würde zweierlei voraussetzen: Erstens, daß der relative Anteil der Kohle an der Stromerzeugung sich nicht verändert, und zweitens, daß der spezifische Verbrauch in den Kraftwerken konstant bleibt. In der Elektrizitätswirtschaft wird nun aber — ähnlich wie in der Stahlindustrie — der Wirkungsgrad laufend verbessert. Man kann daher nicht unterstellen, daß eine Verdoppelung der

Elektrizitätserzeugung auch eine Verdoppelung des Kohleeinsatzes erforderlich macht. Der andere Faktor ist das Eindringen anderer Energiearten. Soweit es sich dabei um die Kernenergie handelt, glaube ich nicht, daß sie uns schrecken sollte. Selbst optimistische Prognosen — wie sie etwa Prof. Burgbacher kürzlich im Bundestag gegeben hat — rechnen bis 1975 mit einem Anteil der Atomenergie an der dann zu erwartenden Stromerzeugung von höchstens 10 % des gesamten Strombedarfs. Bekanntlich wird die Atomenergie in absehbarer Zeit mit den übrigen Energieträgern nur auf dem Gebiet der Stromerzeugung konkurrieren. 10 % des Strombedarfs bedeuten aber selbst für diesen Zeitpunkt nur 2 bis 2½ % des gesamten Energiebedarfs, wobei vorausgesetzt wird, daß bis 1975 der Anteil des Stroms am Gesamtenergieverbrauch von gegenwärtig 14 % auf 20 % angestiegen sein wird. Wie ich schon sagte, handelt es sich bei dieser Rechnung um optimistische Annahmen. Das muß ich betonen, denn bisher ist die Entwicklung immer hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Ein anschauliches Beispiel dafür bietet England, wo sich gezeigt hat, daß sich die teilweise recht hochgesteckten Erwartungen keineswegs so schnell erfüllen ließen. Sie müssen auch bedenken, daß mit der fortschreitenden Expansion der Atomenergie die technischen Probleme — ich erinnere nur an die Frage der Beseitigung des Atommülls — nicht etwa kleiner werden oder verschwinden, sondern im Gegenteil zunehmen.

WIRTSCHAFTSDIENST: Was ist Ihre Meinung über die Wirtschaftlichkeit von Kernkraftwerken?

REINTGES: Sie wissen, daß der Bau von Atomkraftwerken in der Bundesrepublik gegenwärtig stark von staatlicher Seite gefördert wird, gerade auch in finanzieller Hinsicht. Dies geschieht, um die Entwicklung der deutschen Industrie auf diesem Gebiet trotz der heute noch nicht gegebenen Wirtschaftlichkeit voranzutreiben und den gegenüber dem Ausland bestehenden Rückstand aufzuholen.

Sie werden auch davon gehört haben, daß in jüngster Zeit amerikanische Firmen Angebote für die Errichtung größerer Einheiten gemacht haben, die eine Wirtschaftlichkeit ohne besondere Unterstützung erwarten lassen; derartige Angebote müssen allerdings unter dem Gesichtspunkt der hier herrschenden besonderen Konkurrenzsituation gesehen werden, es wird sich daher in erster Linie um Einführungspreise handeln.

Aber selbst wenn eines Tages — und längerfristig wird das sicher der Fall sein — die Wirtschaftlichkeit für den Bau von Atomkraftwerken in der Bundesrepublik gegeben ist, so wird sich auch dann die Entwicklung nicht von heute auf morgen, sondern nur allmählich vollziehen: Die Errichtung von Kernkraftwerken ist vom Standpunkt der Unternehmen natürlich nur dann sinnvoll, wenn die bisherigen Kraftwerke abgeschrieben sind. Kein Unternehmen wird sagen: Ich kann jetzt ein neues Kraftwerk auf Atombasis, das an sich wirtschaftlich wäre, hinstellen und lege deswegen meine vorhandenen auf Kohle-, Öl- oder Erdgasbasis arbeitenden Kraftwerke still! Das wird nur in dem Rhythmus in Frage kommen, in dem die vorhandenen Werke abgeschrieben werden.

WIRTSCHAFTSDIENST: Würden Sie sagen, das Atom der Zukunft schrecke Sie weniger als das Öl der Gegenwart?

REINTGES: Natürlich, beim Öl ist die Situation viel kritischer. Das ist unser akutes Problem. Aber auch hier möchte ich grundsätzlich sagen, daß dies ebenfalls langfristig kein wirklich schwerwiegendes Problem sein müßte. Wir haben in der Bundesrepublik einen so starken Zuwachs des Energiebedarfs — im Schnitt der letzten Jahre 8—12 Mill. t jährlich —, daß selbst ansehnliche Zuwachsraten konkurrierender Energien unterzubringen sind. Wenn wir uns eine Situation wie vor zwanzig Jahren vorstellen, als es nur die Kohle gab und als im übrigen auf dem Sektor der Wärmeenergie praktisch kein Öl und auch kein Erdgas zur Verfügung standen — ganz ab-

gesehen von der Atomenergie —, dann wären wir heute in einer sehr schwierigen Lage. Das gälte nicht nur für die deutsche Volkswirtschaft insgesamt, sondern auch für den Bergbau selbst.

WIRTSCHAFTSDIENST: Wenn wir Sie recht verstehen, so sind Sie also ganz froh, daß es das Öl gibt?

REINTGES: Wir müssen froh darüber sein. Deswegen ist das Problem, das uns gegenwärtig beschäftigt, nicht ein Problem von „Kohle oder Öl“, sondern von „Kohle und Öl“. Das ist eine Seite, die andere Seite sieht allerdings so aus: Die Expansion des Öls hält sich keineswegs im Rahmen der natürlichen Zuwachsraten, obschon diese bei uns außerordentlich hoch sind, sondern sie geht bereits seit Jahren erheblich darüber hinaus. Die übermäßige Expansion des Öls aber ist der Grund dafür, daß der Bergbau Absatzverluste hinnehmen muß. Diese Mengen, die wir nicht absetzen können, schwanken selbstverständlich und mögen in einzelnen Jahren verhältnismäßig gering sein. Sie addieren sich aber von Jahr zu Jahr — ich darf Sie daran erinnern, daß wir bereits einmal 18 Mill. t Kohle auf Halde liegen hatten — und bewirken, da sie auf der unberechenbaren Expansion des Heizöls beruhen, eine gefährliche Unsicherheit und Ungewißheit hinsichtlich der künftigen Entwicklung. Dies ist aber für unsere Bergbauunternehmen, die auf besonders langfristige Dispositionen angewiesen und von Natur aus in ihrer Produktion wenig elastisch sind, eine untragbare Situation. Aber im Grunde sind es tatsächlich nur diese Spitzenmengen, die die Schwierigkeiten bereiten. Diese Situation zu bereinigen, ist im Grund-

de nur eine Frage der zeitlichen Koordinierung, d. h. des Timing. Daß das Öl da sein und sogar expandieren muß, wird nicht bestritten. Es muß aber zeitlich so koordiniert werden, daß es sich im Rahmen des ohnehin sehr beträchtlichen Energiezuwachses hält. Daß in der Bundesrepublik trotz dieses bedeutenden Nachfragezuwachses Schwierigkeiten aufgetreten sind wie in kaum einem anderen Land, ist nur darauf zurückzuführen, daß bei uns mit einer Maßlosigkeit sondergleichen versucht worden ist, alle vernünftigen Rahmen zu sprengen. Das ist das wirkliche Problem.

WIRTSCHAFTSDIENST: Verstehen Sie unter „vernünftigem Rahmen“ die Voraussagen der Energieenquôte von 1962?

REINTGES: Die Energieenquôte hat alle diese Fragen so eingehend wie nur möglich untersucht, und zwar gerichtet auf das Jahr 1975. Dabei wurde auch sine ira et studio überlegt, wie groß die Raffinerie-Entwicklung in der Bundesrepublik sein sollte und könnte. Dies führte zu dem Ergebnis, daß das Maximum der Raffinerie-Kapazität 1975 bei einem Rohöldurchsatz von 100 Mill. t Rohöl liegen würde. Zum Zeitpunkt dieser Schätzung, d. h. Anfang 1962, hatten wir eine Raffinerie-Kapazität von rd. 42 Mill. t, heute sind wir bereits bei knapp 70 Mill. t angelangt. Nach den jüngsten Voraussagen der Mineralölindustrie — die bisher stets unter der tatsächlichen Entwicklung lagen — werden wir das von der Enquôte für 1975 angesetzte Ziel einer Kapazität von 100 Mill. t schon Ende 1968 erreicht haben, also sieben Jahre früher als vorgesehen! Das zeigt die ganze Maßlosigkeit dieses Vorganges. Nicht

minder dramatisch hat sich die Entwicklung auf dem Gebiet der Ölimporte abgespielt.

WIRTSCHAFTSDIENST: Ist diese Entwicklung nicht aber auch ein Zeichen dafür, daß die Nachfrage wesentlich schneller gestiegen ist, als man es damals vorausgesetzt hatte? In diesem Falle wäre es doch nur natürlich, daß auch das Angebot schneller gestiegen ist.

REINTGES: Es mag sein, daß die Nachfrage etwas stärker gestiegen ist, als man das erwartet hat. Das zeigt auch die Entwicklung des Gesamtenergiebedarfs. Aber die Mengen, um die es sich heute handelt, sind ganz bestimmt kein natürlicher Bedarf. Sie beruhen vielmehr auf einer zusätzlich geschaffenen Nachfrage, die nur durch die anomale Preisentwicklung hervorgerufen werden konnte. Und diese wiederum hat ihre Ursache allein in einem Überangebot an Heizöl. Wir sind der Auffassung, daß diese Entwicklung nicht zuletzt für den Verbraucher äußerst gefährlich ist. Der Verbraucher, der auf Heizöl umstellt, geht dabei nämlich von Daten aus, die — wie die Mineralölwirtschaft heute selber sagt — unmöglich von Dauer sein können.

WIRTSCHAFTSDIENST: In der Öffentlichkeit ist angesichts aller Bemühungen des Ruhrbergbaus — z. B. im Zusammenhang mit der Frage der Aufrechterhaltung der 140 Mill. t — der Eindruck entstanden, als ob man einen technisch überlegenen Konkurrenten etwas in Schranken halten möchte. Wenn wir einmal unterstellen, daß das Öl der Kohle wirklich technisch überlegen ist, so erhebt sich die Frage nach der Berechtigung einer solchen Politik.

VEREINSBANK IN HAMBURG

ÄLTESTE HAMBURGER GIROBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 361 061
35 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

Für Sie und Ihre Gäste

NIEBUHR

Bekannt für Qualitäts-Weine und -Spirituosen

**Helene Niebuhr Wwe., Hamburg · Flensburg · Rendsburg
Kiel · Nürnberg · Mettenheim/Rhein**

REINTGES: Es gibt Bereiche, in denen das Öl technisch bequemer und einfacher ist. Und es gibt andere Bereiche, in denen das nicht der Fall ist. Typisches Beispiel, das Sie wahrscheinlich aus Ihrem Privatbereich kennen: in einem Einfamilienhaus mag u. U. eine Heizung mit leichtem Heizöl bequemer sein als eine mit Kohle, obwohl das inzwischen auch nur noch mit Einschränkungen gilt, nachdem mittlerweile auch automatische Kohleheizungen entwickelt worden sind. Aber in anderen wesentlichen Bereichen, z. B. in der Elektrizitätswirtschaft, ist das Technische kein entscheidender Gesichtspunkt. Hier steht der Gesichtspunkt einer langfristigen sicheren und kontinuierlichen Energieversorgung — sowohl hinsichtlich der Menge als auch des Preises — deutlich im Vordergrund.

Lassen Sie mich darüber hinaus etwas zu den 140 Mill. t sagen. Langfristig werden wir diese jährliche Menge inländischer Steinkohle in jedem Fall brauchen. Die verschiedensten Gutachten haben dies deutlich gemacht. Wenn das aber auch nur wahrscheinlich ist, so wäre es nach unserer Auffassung verfehlt, heute Kapazitäten abzubauen und damit endgültig aufzugeben, die später wieder benötigt werden könnten. Hinzu kommt der europäische Blickpunkt: Einen europäischen Energiemarkt gibt es zwar heute noch nicht, zu einem späteren Zeitpunkt wird es aber mit Sicherheit dahin kommen. Es wäre daher auch aus diesem Grunde unsinnig, unsere leistungsfähigen deutschen Zechen stillzulegen, während in unseren Partnerstaaten weitaus weniger wirtschaftliche Anlagen aufrechterhalten wer-

den. Dem Ziel eines möglichst starken europäischen Steinkohlenbergbaus würde durch ein solches Vorgehen mit Sicherheit nicht gedient. Ferner möchte ich auf das Argument der Rationalisierung hinweisen. Das Problem der Rationalisierung im Bergbau ist sehr viel komplexer, als es üblicherweise dargestellt wird. Die Kosten, die auf einer stillgelegten Zeche lasten, sind außerordentlich hoch. Denken Sie allein an die auftretenden Bergschäden, für die das Unternehmen nach wie vor verantwortlich ist. Hinzu kommen erhebliche Beiträge für die im Bergbau vorhandenen Gemeinschaftsunternehmen usw. Diese Folgekosten stillgelegter Zechen müßten den verbleibenden Zechen zugerechnet werden, was naturgemäß deren Rentabilität verschlechtern würde. Gegenüber einer bloßen „Schrumpfung“ der Förderung — die aus den genannten Gründen zu einer Verteuerung der verbleibenden Produktion führen würde — ist daher unter Rationalisierungsgesichtspunkten einer Verlagerung der Förderung auf leistungsfähigere Anlagen der Vorzug zu geben.

WIRTSCHAFTSDIENST: Von seiten Ihres Hauptkonkurrenten wie auch von seiten der Öffentlichkeit ist des öfteren auf die Subventionen hingewiesen worden, die der Bergbau erhält. Sehen wir einmal davon ab, daß man darüber unterschiedlicher Meinung sein kann, ob es sich um echte Subventionen handelt oder nicht. Warum sind Sie gegen den Vorwurf der Subventionen überhaupt so empfindlich? Man könnte doch ebenso gut sagen, daß — wenn einmal die politische Entscheidung zugunsten der Sicherheit

der Energieversorgung (aus heimischen Energievorkommen) gefällt worden ist — wir alle, d. h. also der Steuerzahler, dafür aufkommen müssen.

REINTGES: Die Maßnahmen, die uns vielfach als Subventionen angerechnet werden, können in der Tat nicht als solche bezeichnet werden. Aber lassen Sie mich zu der Frage Stellung nehmen, ob wir überhaupt auf Subventionen angewiesen sind oder nicht. Dazu ist zunächst festzustellen, daß diese Frage keinesfalls auf der Basis des heutigen Preisniveaus auf dem Energiemarkt beantwortet werden kann. Dieses Preisniveau ist alles andere als normal und kann daher keine geeignete Grundlage für solche Überlegungen sein. Auf längere Sicht jedenfalls wird man mit einem steigenden Trend der Ölpreise rechnen müssen, und zwar aus Gründen, die bei der Mineralölindustrie selbst liegen. Heute besteht ja unbestritten ein harter Machtkampf zwischen den einzelnen Ölfirmen, die eine unterbietet die andere. Wenn also ohnehin ein Preisanstieg zu erwarten ist, dann halten wir es für sinnvoller, lieber jetzt als später auf höhere Preise überzugehen, schon um den Verbraucher vor Täuschungen zu bewahren. Erst dann kann man beurteilen, welche Preisrelation tatsächlich zwischen Kohle und Heizöl besteht.

Der zweite Gesichtspunkt in diesem Zusammenhang sind die Sonderbelastungen, die der Bergbau zu tragen hat — insbesondere die außergewöhnlich hohen Soziallasten und Lastenausgleichsabgaben. Den Bergbau von diesen Sonderlasten zu befreien, wäre gerechtfertigt und hätte mit einer Subventionierung nichts zu tun.

Wenn nun aber der Ölpreis wirklich normalisiert und auf dem Niveau des Heizölpreises in anderen vergleichbaren Ländern liegen würde und wenn außerdem die erwähnten Sonderbelastungen des Bergbaus abgebaut wären, so würde wahrscheinlich die jetzige Spanne zwischen dem Preis für Kohle und für Heizöl dahinschmelzen. Sollte aber auch unter solchen Verhält-

nissen für eine gewisse Zeit eine fühlbare Spanne bleiben, dann müßte man sich tatsächlich überlegen — Sie haben das ja bereits ausgesprochen —, ob in diesem Umfang nicht eine Art Sicherheitsprämie für die Aufrechterhaltung unserer Steinkohlekapazitäten an-

gebracht wäre. Derartige Überlegungen werden ja bereits im europäischen Bereich angestellt. Zunächst aber geht es darum, einerseits die gegenwärtigen Ölpreise und andererseits die Sonderbelastungen des Bergbaus zu normalisieren.

Weltmarkt, und zwar sowohl die Weltmarktpreise für Heizöl als auch die für konkurrierende Energien, eindeutig eine Bremse dar, so daß die Preise nicht in den Himmel wachsen können — es sei denn, wir trieben eine protektionistische Energiepolitik. Zum anderen aber hat bei uns kein Mensch die Absicht, die Kohle in dieser Form aus dem Markt zu verdrängen. Ich bin der Auffassung, daß der Energiebedarf in einem solchen Tempo wächst, daß Raum für alle Arten von Energie vorhanden sein sollte.

„Energemarkt kann liberal gehandhabt werden“

WIRTSCHAFTSDIENST: Herr Dr. Burchard, es mag vielleicht etwas übertrieben klingen, wenn man sagt, wir befänden uns in der Bundesrepublik in einem Energiekrieg. In jedem Fall kann man wohl sagen, daß auf dem Energiemarkt einiges ins Wanken geraten ist — und das nicht erst seit den beiden letzten Monaten des vergangenen Jahres. Von seiten der Kohle ist den Mineralölgesellschaften verschiedentlich vorgeworfen worden, daß sie die Heizölpreise seit einiger Zeit übermäßig niedrig hielten und auf diese Weise der Kohle unnötig das Geschäft verdürben.

BURCHARD: Es ist richtig, daß die Heizölpreise 1964 einen Tiefstand erreicht haben, wie wir ihn in der Bundesrepublik bislang noch nicht kannten. Ich glaube aber nicht, daß man sagen kann, dieses niedrige Preisniveau sei für die Kohle sehr bedrohlich gewesen. Denn die Preiselastizität der Nachfrage nach Heizöl ist gar nicht so groß, wie immer wieder angenommen wird. In der Zeit, als die Heizölpreise höher als jene der Kohle lagen, wies der Heizölabsatz ganz beträchtliche Zuwachsraten auf, während heute, da die Heizölpreise weit unter dem Wärme-Äquivalenzpreis der Kohle liegen, sinkende Zuwachsraten zu verzeichnen sind.

WIRTSCHAFTSDIENST: Es ist häufig die Befürchtung geäußert worden, daß die Mineralölfirmen in einem Augenblick, in dem die Substitution auf Grund der niedrigen Heizölpreise weiter fortgeschritten sein werde und die Verbraucher nicht mehr bereit sein würden, auf das Öl zu verzichten, eine ganz andere Preispolitik betreiben könnten, die Preise also steigen würden.

BURCHARD: Ich halte dies aus zwei Gründen nicht für richtig: Einmal setzt diese Argumentation voraus, daß die Mineralölwirtschaft eine Einheit wäre, die in einer solchen Situation auch einheitlich handeln würde. Aber gerade der Preisverfall des letzten Jahres hat gezeigt, daß das keineswegs der Fall ist. Der Preisverfall ist nicht etwa entstanden, weil wir bewußt niedrige Preise haben wollten, um die Kohle aus dem Markt zu drängen, sondern er ist entstanden, weil die Mineralölgesellschaften sich untereinander so viel Konkurrenz um den Marktanteil gemacht haben. Dieser Wettbewerb dürfte auch künftig nicht anders werden, denn die Zahl der Anbieter auf dem Markt ist zu groß. Es werden sich immer irgendwo Außenseiter oder Gesellschaften finden, die bereit sind, im Preis nachzugeben. Außerdem stellt das Preisniveau auf dem

WIRTSCHAFTSDIENST: Dem starken Anwachsen des Energiebedarfs steht eine beträchtliche Ausweitung des Angebots hauptsächlich von seiten des Öls gegenüber. Wie stehen Sie zu dem Vorwurf, die Mineralölgesellschaften hätten vorwiegend aus marktpolitischen Gründen ein Überangebot an Heizöl auf den deutschen Markt gebracht? Es ist z. B. gesagt worden, die Ausweitung der Raffineriekapazitäten von ca. 42 Mill. t Jahresdurchsatz im Jahr 1962 auf ca. 70 Mill. t Ende 1964 zeige die ganze „Maßlosigkeit“ dieser Entwicklung. In diesem Zusammenhang wird gern darauf hingewiesen, daß bei einem Fortschreiten der bisherigen Entwicklung schon Ende 1968 eine Raffineriekapazität von 100 Mill. t erreicht sein werde, eine Zahl, die

HANS-JOACHIM BURCHARD

ist in einer großen Mineralölgesellschaft mit Sitz in Hamburg tätig. Nicht zuletzt in seiner Eigenschaft als enger Mitarbeiter des Vorsitzenden des Mineralölwirtschaftsverbandes hat er sich wissenschaftlich und publizistisch mit Fragen der Energiewirtschaft und Energiepolitik intensiv befaßt und an fast allen Verhandlungen und Diskussionen über die Energiepolitik der letzten Jahre teilgenommen. Er wurde 1916 in Kiel geboren. Während seines Studiums der Volkswirtschaftslehre im Kiel der Nachkriegszeit leitete er die Wirtschaftsredaktion einer großen Tageszeitung. 1952 promovierte er bei Andreas Predöhl zum Dr. sc. pol. mit einem Thema aus dem internationalen Luftverkehr. Anschließend war er Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Kiel. Nach einer Tätigkeit in der Industrie (ab 1956) und bei der Nord-West-Ölleitung in Wilhelmshaven (ab 1958) trat er 1961 in die BP ein, wo ihm die Behandlung wirtschaftspolitischer Fragen obliegt und die volkswirtschaftliche Abteilung, die Abteilung Statistik und Marktforschung sowie die Informationsabteilung unterstehen.

in der Energieenquete von 1962 erst für 1975 als maximale Kapazität genannt worden ist.

BURCHARD: Solche Behauptungen kann ich nur als irreführend bezeichnen. Sie lassen nämlich völlig außer acht, daß der Energiebedarf sehr viel schneller gestiegen ist, als es in der Energieenquete, vor allem aber als es in den Kohle-Öl-Gesprächen des Jahres 1962 — und hier auf ausdrücklichen Wunsch des Bergbaus — angenommen wurde. In Zahlen ausgedrückt: Es wurde ein Zuwachs von 2,4% angenommen. Tatsächlich stieg der Energieverbrauch jedoch 1962 und 1963 je um etwa 7%, 1964 um etwa 2,5%. Trotz der Errichtung weiterer Raffinerien ist daher der Importbedarf an Mineralölprodukten bisher von Jahr zu Jahr größer geworden, so daß wirklich nicht von einer Überkapazität gesprochen werden kann. Das gilt ähnlich auch für die Zukunft. Für 1966 beispielsweise liegt der zu erwartende Energiebedarf um ca. 24 Mill. t SKE höher, als er in den Kohle-Öl-Gesprächen angenommen wurde, die dann vorhandene Raffineriekapazität dagegen nur um 17,2 Mill. t SKE. Wenn bei diesem Wachstum im Jahre 1968 100 Mill. t Kapazität erreicht werden, so wird auch damit der zu erwartende Mineralölbedarf noch keineswegs aus innerdeutscher Verarbeitung zu decken sein.

WIRTSCHAFTSDIENST: In der Diskussion darüber, in welchem Ausmaß der bisherige Hauptenergieträger Kohle durch neue Formen der Energie ersetzt werden soll, spielt das Argument der Sicherheit eine nicht unbedeutende Rolle. Auf eine Formel gebracht heißt es: Kohle ist sicher, Erdöl nicht. Was halten Sie davon?

BURCHARD: Ich meine, daß dieses Argument nicht so betont werden sollte, wie das manchmal geschieht. Denn erstens decken wir heute noch etwa 70% unseres Energiebedarfs aus einheimischen Energiequellen: Steinkohle, Braunkohle und deutschem Erdöl, teilweise auch deutschem Erdgas. Und zweitens glaube ich, daß man bei der bestehenden weltwirtschaftli-

chen Verflechtung, die wir selbst wollen und die für unsere wirtschaftliche Entwicklung notwendig ist, nicht so sehr betonen sollte, daß Energien, die aus anderen Gebieten der Erde kommen, unsicher seien. Ich gebe zu, zum Teil kommen sie auch aus politisch instabilen Ländern, aber dadurch, daß man in vielen Teilen der Welt neue und sehr erhebliche Erdölvorkommen gefunden hat, sind die Ausgleichsmöglichkeiten im Laufe der letzten Jahre sehr viel größer geworden. Und vielleicht ist noch etwas anderes ganz interessant: Nehmen Sie unsere Stahlerzeugung, von der unser Wirtschaftsleben sehr maßgeblich abhängt. Die Erzversorgung für die Stahlindustrie basiert zu mehr als 90% auf Importen. Die Nahrungsmittelversorgung basiert bei einer ganzen Reihe von Produkten zu mehr als 50% auf Importen. Hier nehmen wir die Auslandsabhängigkeit als selbstverständlich hin ...

WIRTSCHAFTSDIENST: Das gleiche gilt wohl auch im Bereich unserer Industrie, die z. T. mehr als 50% ihrer Produktion im Ausland absetzt?

BURCHARD: Ja. Wenn wir exportieren wollen und müssen, dann müssen wir auf der anderen Seite auch importieren. Zudem können wir es uns bei der Exportintensität unserer Wirtschaft nicht leisten, unser Energiepreisniveau zu hoch hinaufzuschleusen. Denn die Energiekosten spielen in der Wirtschaft eine sehr viel größere Rolle, als gemeinhin bekannt ist. Aber abgesehen davon, halte ich es für völlig ausgeschlossen, daß wir unseren Energiebedarf auf andere Weise decken könnten, schon einfach deswegen, weil ein Teil dieser Energie in Formen benötigt wird, die durch andere gar nicht ersetzt werden können. Denken Sie an den gesamten Kraftstoffbedarf oder denken Sie an die Anwendungsbereiche des Ols, die wir nicht ohne weiteres wieder auf Kohle umstellen können: an die Vorgänge in modernen Fabriken der Glasindustrie beispielsweise.

WIRTSCHAFTSDIENST: Nehmen wir einmal einen ganz extremen Fall an: der Nahe Osten fiele aus

irgendeinem politischen, nicht vorhersehbaren, Grunde aus. Würde dann die Versorgung mit Rohöl aus den übrigen rohölfördernden Ländern gesichert sein?

BURCHARD: Ich glaube ja. Wir sollten aber bei solchen Überlegungen nicht davon ausgehen, daß alle Länder des Vorderen Orients auf einmal ausfallen würden. Aber selbst wenn wir das einmal unterstellen, so sind uns heute hinreichend andere Energiequellen zugänglich, die herangezogen werden könnten und die in der Lage wären, ihre Produktion kurzfristig zu steigern.

WIRTSCHAFTSDIENST: Wie steht es mit dem Transportproblem im Falle einer politischen Krise?

BURCHARD: Auch das wäre lösbar. Es wäre dann erforderlich, daß man eine gewisse Umdisponierung in den schwimmenden Einheiten vornähme. Eine gewisse Zeit, in der die Versorgung dadurch behindert würde, müßte also überbrückt werden. Für diesen Fall haben wir aber Vorräte angelegt, zusätzlich sollen sie jetzt vergrößert werden.

WIRTSCHAFTSDIENST: Für welche Zeit würden die Vorräte ausreichen?

BURCHARD: Die Bundesregierung hat in Übereinstimmung mit den EWG-Richtlinien vorgesehen, daß in den Hauptprodukten, also in den Kraftstoffen und in den Mitteldestillaten und dem schweren Heizöl, Vorräte von 65 Tagen, basierend auf dem Verbrauch des Vorjahres, gehalten werden. Das würde bedeuten, wenn man den Zuwachs des Energiebedarfs einkalkuliert, etwa 60 Tage des laufenden Jahres. Wir halten das in der Mineralölindustrie für sehr reichlich.

WIRTSCHAFTSDIENST: Herr Dr. Burchard, wie sehen Sie als Vertreter einer großen Mineralölgesellschaft das Auftauchen neuer Energiearten auf dem Markt? Im Augenblick ist die Mineralölwirtschaft — wenn ein solcher Ausdruck einmal gestattet ist — am Energiemarkt der lachende Zweite. Vielleicht könnte in gar nicht so

fe ferner Zukunft das Erdgas der lachende Dritte und die Kernenergie der lachende Vierte sein?

BURCHARD: Ich halte es durchaus für möglich, daß diese Energiearten in weiterer Zukunft auch bei uns eine bedeutsame Rolle spielen werden. Zur Zeit ist das Erdgas allerdings noch mit weniger als 1 0/100 an der Deckung des Primärenergiebedarfs in der Bundesrepublik beteiligt. Aber das wird sich sicherlich ändern. Nun glaube ich allerdings nicht, daß wir zu einer Situation kommen werden, wie sie beispielsweise in den USA besteht, wo rund gerechnet etwa je ein Drittel des Energiebedarfs durch Kohle, Erdöl und Erdgas gedeckt werden. So groß sind trotz der hohen Ziffern, die oft genannt werden, die Erdgasvorräte in Europa bisher nicht.

WIRTSCHAFTSDIENST: Einer der bekanntesten deutschen Kenner des Energiemarktes, Herr Professor WeVessels, hat kürzlich anlässlich eines Vortrags in Hamburg gesagt, daß wir in der Erdgassuche heute etwa so weit sind wie in der Erdöl-suche 1905 oder 1906.

BURCHARD: Mir scheint das eine sehr nette, aber doch etwas überpointierte Äußerung zu sein. Sicher will ich die noch zu erwartenden Erdgasvorräte nicht verkleinern. Ich möchte nur sagen, daß sie m. E. nicht zu einer Revolution führen, sondern zu einer Evolution auf dem Energiemarkt beitragen werden.

WIRTSCHAFTSDIENST: Wo wird künftig das Erdgas Verwendung finden?

BURCHARD: Das Erdgas dürfte in zwei Bereichen Eingang finden. Der erste Bereich ist derjenige des bisherigen Gasverbrauchs, insbesondere der Stadtgasversorgung, wo durch die notwendigerweise limitierte Kokereigasmenge sich eine echte Lücke aufgetan hat. Der zweite Verwendungsbereich dürfte sich in der Industrie ergeben, wo das Gas als Konkurrent der Kohle, aber natürlich auch des schweren Heizöls auftreten kann. Ich glaube, daß es in der Regel dem schweren Heizöl technisch nicht überlegen

sein wird, wohl aber auf Grund der Tatsache, daß es nicht gelagert zu werden braucht. Aber dennoch möchte ich sagen, daß von seiten der Mineralölwirtschaft kein Grund zur Furcht vor dem Erdgas besteht.

WIRTSCHAFTSDIENST: Meinen Sie, daß auch unter diesem Aspekt der Energiemarkt liberal gehandhabt werden kann?

BURCHARD: Ja, durchaus.

WIRTSCHAFTSDIENST: Kritiker — u. a. der Vorsitzende der IG Bergbau und Energie, Herr Arendt — haben der Bundesregierung des öfteren vorgeworfen, daß sie kein energiepolitisches Konzept habe. Die Maßnahmen, die getroffen würden, seien nur punktuelle Eingriffe, die zudem meist zu spät kämen, so daß sich weder die Mineralölwirtschaft noch der Kohlenbergbau noch die anderen Wirtschaftszweige rechtzeitig und in der erforderlichen Weise auf neue Entwicklungen einstellen könnten. Wie beurteilen Sie eine solche Kritik?

BURCHARD: Ich teile diese Auffassung, was die bisherige Energiepolitik der Bundesregierung angeht, nicht. Die bisherige Energiepolitik der Bundesregierung war m. E. von zwei Dingen gekennzeichnet: Sie überließ es der Entscheidung der Energie-Unternehmungen, das zu tun, was sie auf Grund ihrer Marktbeurteilung für richtig hielten. Und lediglich dort, wo sich strukturelle Veränderungen abzeichneten und abgeschwächt werden sollten, ergriff sie finanzielle Maßnahmen oder nahm mengenmäßige Eingriffe vor. Es wurden also auf der einen Seite Subventionen oder Beihilfen gezahlt, und auf der anderen Seite wurden durch steuerliche Maßnahmen entsprechende, teilweise sogar sehr viel größere Mittel abgeschöpft. Mengenmäßige Eingriffe gibt es lediglich bei der Importkohle. — Über die von Ihnen genannten Vorwürfe hinaus wirft man der Bundesregierung außerdem vor, daß sie nicht das gleiche wie andere Länder — z. B. die USA oder Frankreich — täte. In diesen Ländern wird entgegen vielfach geäußerten

Behauptungen die freie Wahl des Verbrauchers zwischen den einzelnen Energiearten jedoch in keiner Weise eingeschränkt. Man schützt lediglich den einheimischen Energieträger gegen den gleichartigen Importenergieträger, also nicht etwa Kohle gegen Öl und Öl gegen Gas, sondern die einheimische Kohle gegen Importkohle, das einheimische Öl gegen Importöl. Genau das gleiche tut man aber bei uns. Ich glaube also nicht, daß man der Bundesregierung Vorwürfe machen sollte, daß sie kein energiepolitisches Konzept hätte. Daß jetzt manche Dinge getan werden, die aus der Situation des November des vergangenen Jahres geboren worden sind, sollte man dabei vielleicht etwas außer acht lassen. Ich halte diese Maßnahmen nicht für sehr glücklich, weil sie das bisherige klare Konzept verlassen, ohne daß ein neues Konzept erkennbar wäre.

WIRTSCHAFTSDIENST: Sie würden also zustimmen, daß die energiepolitische Konzeption für die Zukunft noch aussteht? Wie, meinen Sie, müßte so etwas aussehen? Denken Sie an eine Koordinierung innerhalb der Kohle, Koordinierung innerhalb des Öls oder Koordinierung des gesamten Energiemarktes?

BURCHARD: Ich bin gar nicht der Meinung, daß es eines neuen Konzeptes bedarf, solange man die Maßnahmen am bisherigen Konzept ausrichtet. Im übrigen halte ich von staatlichen Eingriffen, die mehr bewirken als einen gewissen notwendigen Ausgleich, gar nichts. Selbstverständlich aber muß auch von politischer Warte aus die Energiesituation als etwas Ganzes betrachtet werden. In die Überlegungen einbezogen werden muß vor allem die europäische energiepolitische Konzeption, die allerdings bisher noch recht unvollkommen vorhanden ist. Auf europäischer Basis zeichnet sich bisher lediglich deutlich als Ziel einer gemeinsamen Energiepolitik ab: die möglichst sichere Versorgung mit allen Energieträgern auf einem möglichst niedrigen Energiepreisniveau. Dem kann man gewiß zustimmen.

WIRTSCHAFTSDIENST: Herr Dr. Burchard, unsere letzte Frage lautet: Wie stellen Sie sich die zukünftigen Chancen der Kernenergie vor? Sehen Sie in dieser neuen Energieart eine Bedrohung?

BURCHARD: Ich möchte hier das gleiche sagen wie im Zusammenhang mit dem Erdgas: Angesichts der Größenordnung, mit der der

Energieverbrauch wächst und mit der er notwendigerweise auch künftig weiter wachsen wird, glaube ich, daß weitere Energieträger durchaus auf dem Markt ihren Platz haben werden, ohne andere verdrängen zu müssen. Für die bisher im großen Maßstab verwendeten Energieträger dürfte dabei lediglich eine Reduzierung der Zuwachsraten eintreten.

land ungebräuchlich sind. Umgerechnet auf die hier üblichen Kalkulationsverfahren kämen etwas höhere Kosten heraus. Aber selbst dann würden sie wohl kaum bei mehr als 2,4 bis 2,6 Pfennig pro kWh liegen.

WIRTSCHAFTSDIENST: Wie liegen die vergleichbaren Kosten bei den heute üblichen Kraftwerken?

FINKE: Ich muß etwas vorausschicken. Einheiten von 500 bis 600 MW Leistung haben wir in Deutschland nicht. Die größten jetzt im Bau befindlichen Einheiten, die wir haben, sind 300-MW-Blöcke. Die Stromgestehungskosten für diese 250- bis 300-MW-Einheiten auf Steinkohlenbasis liegen in Zeichennähe bei 3,4 bis 3,6 Pfennig pro kWh.

WIRTSCHAFTSDIENST: Meinen Sie nicht, daß in zehn Jahren möglicherweise auch die Kohle durch Anwendung neuer technischer Verfahren ebenso billig produzieren kann? Zu 2,5 Pfennig?

FINKE: Es dürfte lediglich möglich sein, mit Steinkohle-Kraftwerken knapp unter die 3-Pfennig-Grenze zu kommen. Bei den Gestehungskosten der Kohle in Deutschland ist es aber so gut wie ausgeschlossen, daß man sehr viel unter diesen Wert kommt. Der verbleibende Unterschied ist dann immer noch gewaltig ...

WIRTSCHAFTSDIENST: ... zumal die nächsten Kraftwerke auf Kernenergiebasis dann ebenfalls technisch verbessert worden sein könnten.

FINKE: Voraussichtlich ja. Bedenken Sie auch bitte, daß ein Unterschied von $\frac{1}{10}$ Pfennig pro kWh bei einem Kraftwerk, wie wir sie jetzt als Demonstrations-Kernkraftwerke bauen, bei einer jährlichen Stromerzeugung von 1,5 Mrd. kWh, 1,5 Mill. DM pro Jahr ausmacht. Das ist ein gewaltiger Betrag.

WIRTSCHAFTSDIENST: Sie sprachen vorhin davon, daß es nur sinnvoll ist, große Einheiten zu bauen. Das würde sicherlich die Situation auf dem Elektrizitätsmarkt nicht unerheblich durcheinanderbringen?

„Kernenergie schon in fünf Jahren wettbewerbsfähig“

WIRTSCHAFTSDIENST: Herr Dr. Finke, wir haben in Gesprächen mit Herren der Kohle und des Ols versucht, uns ein Bild von der gegenwärtigen Situation auf dem Energiemarkt zu machen. Wir möchten nun Ihnen, als dem Experten des für die wirtschaftliche Nutzung der Kernenergie zuständigen Bundesministeriums, einige Fragen über den Energiemarkt der Zukunft stellen. In welcher Form, meinen Sie, wird die Kernenergie zukünftig wirtschaftlich genutzt werden können?

FINKE: Bis jetzt sind zwei Verwendungsmöglichkeiten von Bedeutung für die Energiewirtschaft. Die eine ist die Gewinnung von elektrischem Strom, die andere die Entsalzung von Meerwasser. Eine dritte Verwendungsmöglichkeit, die in absehbarer Zeit allerdings keine überragende energiewirtschaftliche Bedeutung erlangen wird, wäre der Antrieb von Schiffen.

WIRTSCHAFTSDIENST: Wann, meinen Sie, wird die Kernenergie in ihrem Hauptanwendungsbereich Stromerzeugung mit den herkömm-

lichen Energieträgern konkurrieren können?

FINKE: Ich glaube, daß die Wettbewerbsfähigkeit in Europa Ende dieses Jahrzehnts erreicht sein wird, unter der Voraussetzung, daß die einzelnen Anlagen eine Größe von 500 bis 600 MW elektrischer Leistung haben.

WIRTSCHAFTSDIENST: Könnten Sie uns sagen, wo im Augenblick solche Werke gebaut werden?

FINKE: Es sind — und das war eine der Überraschungen des vergangenen Jahres — zwei Anlagen in den Vereinigten Staaten in Auftrag gegeben worden, die eine Leistung von je etwa 600 MW haben. Das eine ist das Kraftwerk „Oyster Creek“ von der Jersey Central Power and Light Company und das andere das Kraftwerk „Nine Mile Point“ der Niagara-Mohawk Power Corporation. Beide sind mit Siedewasser-Reaktoren ausgestattet. Sie sollen Stromerzeugungskosten von 4 bis 6 mills, also 1,6 bis 2,4 Pfennig, pro kWh erreichen. Allerdings sind hier Kalkulationsmethoden angewendet worden, die in Deutsch-

WOLFGANG FINKE

ist seit 1957 in dem für Fragen der wirtschaftlichen Nutzung der Kernenergie zuständigen Ministerium, zunächst im sogenannten Atom-Ministerium, heute im Ministerium für wissenschaftliche Forschung, tätig. Er wurde 1925 geboren und studierte Volkswirtschaftslehre und Philosophie in Göttingen, Tübingen und Harvard. Nach seiner Promotion zum Dr. phil. war er zunächst Forschungs-Assistent bei der Friedrich-List-Gesellschaft und ging dann zum Bundeswirtschaftsministerium. Er ist heute der für Fragen der Atomwirtschaft zuständige Referent des Bundeswissenschaftsministers Lenz.

FINKE: Ich glaube nicht, daß das so sein muß. Wichtig wäre allerdings, daß die Elektrizitätswirtschaft Formen der Zusammenarbeit ihrer Unternehmen entwickelt, die den Bau und Betrieb großer Kraftwerkseinheiten in größerem Maße als bisher ermöglichen. Ansätze dazu sind vorhanden.

WIRTSCHAFTSDIENST: Wie hoch schätzen Sie den jetzigen und künftigen Anteil der Kernkraftwerke an der Stromerzeugung?

FINKE: Im Augenblick haben wir noch einen unbedeutenden Anteil an der Stromerzeugung. In Betrieb ist lediglich das Versuchsatomkraftwerk Kahl mit 15 MW. Demgegenüber betrug die gesamte installierte Leistung am Jahresende 1963 in der deutschen Elektrizitätswirtschaft einschließlich der Industriekraftwerke 34 000 MW. Bis 1970 werden wir allerdings schon eine installierte Kernkraftwerksleistung von 1000, vielleicht sogar 1500 MW haben. 1975 könnten es etwa 5000 MW sein, vielleicht ein

bißchen weniger, vielleicht ein bißchen mehr. 1980 — also in 15 Jahren — könnten es 20 000 MW sein. Das würden dann ungefähr 20 % der gesamten zu diesem Zeitpunkt installierten Kraftwerksleistung im Bundesgebiet sein.

WIRTSCHAFTSDIENST: Würden Sie uns einen Zeitpunkt nennen können, zu dem die Kernenergiewerke möglicherweise alle mit herkömmlichen Energieträgern betriebenen Kraftwerke ersetzt haben werden?

FINKE: Das ist heute schwer zu sagen. Immerhin glauben wir — und das deckt sich mit Schätzungen der Amerikaner und der EURATOM-Kommission —, daß es um das Jahr 2000 mehr Kernkraftwerke geben wird als konventionelle Kraftwerke, vielleicht sogar sehr viel mehr. Von diesem Zeitpunkt an, vielleicht sogar etwas früher, werden wohl auch kaum noch konventionelle Wärmekraftwerke in Betrieb gehen.

WIRTSCHAFTSDIENST: Was, würden Sie meinen, ist notwendig, um die Kernenergie in ein sinnvolles energiepolitisches Konzept einzubauen?

FINKE: Ich glaube, die Entwicklung der Kernenergie wird zunächst keine dramatischen Änderungen mit sich bringen, so daß man eine eigene energiepolitische Konzeption für die Einführung der Kernenergie zunächst vielleicht nicht braucht. In der Vergangenheit haben wir eine schnelle Steigerung des Energiebedarfs im ganzen und eine noch schnellere Steigerung des Bedarfs an sekundärer Energie verzeichnen können. Das wird sich in Zukunft fortsetzen. Die Kernenergie wird in diesem wachsenden Markt eine vermutlich größere Rolle spielen, wird aber keinen von den anderen Energieträgern — wenigstens in absehbarer Zeit — verdrängen, sondern wird sie ergänzen.

SEEFAHRT

NAUTISCHES
LEXIKON IN BILDERN

Dieses umfangreiche, vielseitige und besonders kostbar ausgestattete Werk umfaßt 1570 exakte und instruktive Zeichnungen von Schiffen und Booten jeder Art und jeder Größe sowie ihrer seemännischen und technischen Ausrüstung. Es fehlt nichts von Bedeutung über Schiffskörper, Rigg, Segel und maschinellen Antrieb, die Fischerei, das Sportsegeln, die Bewaffnung und die Navigation. Die zeichnerischen Darstellungen sind mit rund 5000 Namen, Bezeichnungen und Ausdrücken versehen und erläutert, die außerdem in einem Stichwortverzeichnis alphabetisch zusammengefaßt sind. Ein illustrierter Index ermöglicht das Auffinden jedes Schiffes oder Ausrüstungsteiles, auch wenn sein Name nicht bekannt ist.

Dieses Werk interessiert und begeistert jeden, der sich beruflich oder aus Liebhaberei mit Schiffen und Booten, mit seemännischen Fragen und der Schifffahrt allgemein beschäftigt.



288 Seiten mit 1570 ein- und mehrfarbigen Zeichnungen, Großformat, Ganzleinen mit mehrfarbigem Schutzumschlag
120,— DM, in Luxus-Schuber 132,— DM.
Zu beziehen über jede Buchhandlung

VERLAG DELIUS, KLASING & CO BIELEFELD